
FDP Bad Vilbel

FDP SUCHT UNTERSTÜTZUNG FÜR ERHALT DES ÄRZTLICHEN BEREITSCHAFTSDIENSTES IN BAD VILBEL

07.05.2014

Bad Vilbel/Frankfurt - im Zusammenhang mit den öffentlich bekanntgewordenen Überlegungen, den ärztlichen Notdienst in Bad Vilbel zu schließen, hatte sich der heimische FDP-Landtagsabgeordnete und Stadtverordnete Jörg-Uwe Hahn noch vor Ostern an den Vorsitzenden der Kassenärztlichen Vereinigung Hessen, Frank Dastych gewandt. Hahn informierte den ihm schon länger persönlich bekannten KV Hessen Chef über einen gemeinsamen Antrag der Koalitionsfraktionen von CDU und FDP, den Magistrat zu bitten, in Gespräche über eine Aussetzung dieser Entscheidung auch mit der KV einzutreten.

Dastych machte gegenüber Hahn schriftlich deutlich, dass er die Besorgnis der in Bad Vilbel verantwortlichen Kommunalpolitiker verstehe. Er sehe darin auch keine Gründe über persönliche Auseinandersetzungen, die KV Hessen habe aber bisher andere Vorstellungen über eine zukunftsfähige Struktur des Ärztlichen Bereitschaftsdienstes.

"Ich werde mich dafür einsetzen, dass unsere ÄBD-Reform keinesfalls ein Absinken des medizinischen Versorgungsniveaus als 'Kollateralschaden' nach sich zieht. In Ihrem Sinn werde ich gerne ein Gespräch mit meinem hausärztlichen Vorstandskollegen, Dr. Günter Haas, führen," ist der zentrale Satz in dem Antwortschreiben von dem KV Hessen Vorstandsvorsitzenden Dastych an den heimischen FDP Politiker Jörg-Uwe Hahn.

"Wir Liberale in der Quellenstadt hoffen sehr, dass der ärztliche Notdienst für die Bürger unserer Heimatstadt nicht eingeschränkt wird," so die beiden FDP -Stadtverordneten Jörg-Uwe Hahn und Raimo Biere.